

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/2073

**Bildungsausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Vorsitzende Frau Susanne Herold
Postfach 7121
24171 Kiel**

Per Email
Bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

18. März 2011

**Stellungnahme des Landesjugendrings Schleswig-Holstein
zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion SPD
„Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft“**

Die Antwort auf die Große Anfrage „Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft“ ist eine Bestandsaufnahme zur Situation der Medienkompetenz in Schleswig-Holstein und bietet eine Grundlage, auf der nun neue Strategien zur Durchführung eines schlüssigen Handlungskonzeptes folgen müssen. Der Landesjugendring begrüßt, dass der hohe Stellenwert der Medienkompetenzförderung durch diese Untersuchung ausdrücklich bestätigt wird. Wir bedauern allerdings, dass die Leistungen der außerschulischen Jugendarbeit mit ihren vielfältigen Angeboten im Bereich der Medienkompetenzförderung nicht explizit dargestellt worden sind und oft nur beiläufig als „zusätzliche Möglichkeiten“ erwähnt werden.

Nach Durchsicht der Antwort auf die Große Anfrage zur Medienkompetenz sehen wir uns in unseren Forderungen zur Stärkung der Medienkompetenz junger Menschen und dem Anliegen präventiven Jugendmedienschutz durch verstärkte Medienkompetenzvermittlung zu betreiben, bestärkt.

Die Thesen des Landesjugendrings seien an dieser Stelle deshalb verkürzt noch einmal genannt:

- Junge Menschen müssen dazu befähigt werden, sich kritisch mit Inhalten auseinanderzusetzen und für den kompetenten Umgang mit Medien geschult werden.
- Der beste Schutz für die Jugend sind selbstbewusste Kindern und Jugendliche, die auch mit möglicherweise problematischen Inhalten adäquat umgehen können.
- Daher ist es notwendig, medienpädagogische Angebote weiterzuentwickeln und eine verlässliche finanzielle Förderung zu gewährleisten.
- Notwendig sind darüber hinaus aber auch Maßnahmen zur Qualifizierung von Eltern, Lehrkräften, ErzieherInnen und in der Jugendarbeit Tätigen.

Auch im ‚Medienpolitischen Papier‘ des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) wurde schon im Oktober 2009 in Kiel gefordert: „Der Erwerb von Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen muss in der schulischen und außerschulischen Bildung fester Bestandteil sein. Dabei geht es weniger um das Vermitteln von technischen Fertigkeiten. Kinder und Jugendliche müssen lernen können, Informationen zu erschließen und zu bewerten. Sie müssen Potenziale vielfältiger Medientypen erkennen und sie gestalten können. Lehrkräfte, Erzieher/innen und in der Jugendarbeit Tätige brauchen dazu Angebote für ihre medienpädagogische (Weiter-) Qualifizierung, die staatlich gefördert werden müssen. Auch Eltern müssen in die Lage versetzt werden das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen medienkompetent zu begleiten.“

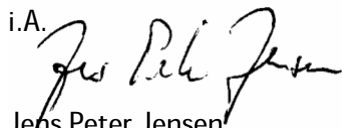
Digitale Medien finden sich in allen Bereichen der Gesellschaft. Der Umgang mit ihnen muss vermittelt und gelernt werden, denn ob man mit ihnen adäquat umgehen kann oder nicht, entscheidet erheblich über die Möglichkeit an gesellschaftlicher Teilhabe.

Für die Durchführung weiterer Medienprojekte und Medienangebote zur Förderung der Medienkompetenz junger Menschen, die zusätzlich möglichst flächendeckend und kontinuierlich angeboten werden sollen, sowie zur Durchführung von Weiterbildungsangeboten und Schulungen von haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, bedarf es allerdings konkreter finanzieller Förderung. Wenn es der Landesregierung ernst ist mit ihrem Anliegen „*die Medienkompetenz gerader junger Leute weiter zu verbessern*“ muss sie auch bereit sein, dafür verstärkt etwas zu tun.

Die Forschung zeigt deutlich, dass die Medien für gelingende oder misslingende Sozialisationsprozesse von Bedeutung sein können. Am besten sind die jungen Menschen „geschützt“, die im Rahmen schulischer und vor allem auch außerschulischer Bildung sich zu starken und medienkompetenten Persönlichkeiten entwickeln konnten. Von daher setzt der Landesjugendring weniger auf Sonderprogramme, denn auf einen gezielten Ausbau der außerschulischen Jugendbildung. Die Kürzungen der Landesregierung für 2011 und 2012 in diesem Bereich waren kontraproduktiv. Was Not tut, sind genau umgekehrt zusätzliche Investitionen in die Strukturen der außerschulischen Bildung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.



Jens Peter Jensen
Geschäftsführer